

Anfang, Ausbau, Anfechtung

Manfred Funke

*„Die Verzweiflung schickt uns Gott nicht,
um uns zu töten; / er schickt sie, /
um neues Leben in uns zu wecken.“*

(Hermann Hesse)

Der *Berliner Tagesspiegel* veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 30. November 1945 Auszüge aus einem Lagebericht General Eisenhowers über Deutschland: „Das deutsche Volk ist politisch uninteressiert. Die zeitraubenden Bemühungen, das Leben zu fristen und sich für den Winter vorzubereiten, lassen nur wenige Stunden und wenig Energie für andere Betätigungen übrig.“ In Washington publizierte parallel Byron Price nach seinem Deutschland-Besuch im Auftrag der US-Regierung seine Warnung vor den Gefahren von Hungersnot, Seuchen und Unruhen, wenn die Lebensmitteleinfuhr nach Deutschland nicht erheblich erhöht würde. Hier war inzwischen die Eisenbahn zur Heimat geworden, das Zeitemblem hieß „Kalorie“, die Zigarette wurde zur Währung, der Schwarzmarkt zum stolpernden Motor der Wirtschaft. Die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Feindes wurde den Alliierten zu teuer. Die Deutschen erhielten deshalb Starthilfen zum Wiederaufbau von Transportwegen, Verwaltung und Produktionsanlagen, um sich selber zu ernähren und zu demokratisieren unter Aufsicht der Siegermächte. In die Beziehungen zwischen Washington und London einerseits sowie Moskau andererseits war schon vor Kriegsende Misstrauen eingesickert, das sich bald nach der Potsdamer Konferenz verstärkte. Stalins

Zugriff auf die SBZ offenbarte rasch in der Regierungspraxis einen totalitären Anspruch, der nur nahe den Sektorengrenzen in Berlin elastisch gehandhabt wurde. Ansonsten betrieb Stalin hinter dem Eisernen Vorhang die Sowjetisierung Europas. Zugleich forderte er zehn Milliarden Dollar Reparationen und Mitverfügung über das Ruhrgebiet. Aber gerade hier in seiner Osthemisphäre suchte Frankreich nach Einfluss und Sicherheit, nachdem es sich als vierte Siegermacht mit eigener Zone ins Spiel der Mächte gezwängt hatte. Ursprünglich sah de Gaulle den Rhein als künftige Grenze zu Deutschland. Später wollte man in Paris den Rhein an der Elbe verteidigen. Nur unter amerikanischem Druck stimmte Frankreich am 1. August 1948 dem Beitritt zur britisch-amerikanischen Bizone zu. Ordnung der Länder, Parlamentswahlen, deutsche Gerichtsbarkeit, Gewerkschaftsbildungen, Zonenwirtschaftsrat, Demontage-Stopp, Parteienbildung, Auf- und Ausbau von Verwaltung, Presse und Rundfunk blieben überwölbt von der Verschärfung des Ost-West-Konflikts.

Zwei Tage nach Beginn der fünften, ebenfalls fruchtlosen Außenministerkonferenz in Moskau richtete US-Präsident Truman am 12. März 1947 die Forderung an die freie Welt, die kommunistische Expansionsgefahr gemeinsam einzudämmen. Am 5. Juni verkündete US-Außenminister Marshall ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm für Europa einschließlich Deutschlands auf der Basis gegenseitiger Hilfe und der Unterstüt-

zung durch die USA. Dieses Angebot verweigerte Stalin für seinen Herrschaftsbereich. Deutsch-deutsche Politik dünnte sich damit weiter aus. Beweis dafür war die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz, die bei Beginn am 6. Juni bereits an der ultimativen Forderung der SBZ-Vertreter scheiterte, zuerst die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates vorzunehmen. Dazu fehlten alle rechtlichen Voraussetzungen. Noch oblag die oberste Regierungsgewalt in Deutschland den Siegermächten. Noch war das Land besiegter Feindstaat gemäß ICS 1067. Diese Verfügung wurde am 15./17. Juli 1947 offiziell ersetzt durch ICS 1779. Danach sollten die Demontagen auf Kriegsindustrien beschränkt, die Selbstverantwortlichkeit der Länder fortentwickelt und der Lebensstandard gehoben werden.

Jahre der Annäherung

Eine neue Entwicklung formte sich aus, zu der bereits seit Spätherbst 1945 eine Chance bestand: Am 30. November verbreitete die deutsche Presse, dass Hauptankläger Robert Jackson beim Nürnberger Prozess die NS-Führung und -Partei für schuldig erachte, nicht aber das ganze deutsche Volk. Andernfalls hätte es, so Jackson, keiner Sturmtruppen, Gestapo und KZs bedurft: „Das deutsche Volk soll endlich wissen, dass das amerikanische Volk es weder fürchtet noch hasst.“ Wirtschaftsnöte und Kalter Krieg verstärkten die Annäherung, zumal sie deutscherseits – anfänglich oft zur Verblüffung der Besatzer – weder durch nationalistische Ressentiments noch durch antidemokratischen Radikalismus blockiert wurde. US-Außenminister Byrnes hatte in seiner Stuttgarter Rede am 6. September 1946 den Wandel signalisiert. Man wolle Deutschland, so Byrnes, zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt verhelfen und

den demokratischen, föderativen sowie wirtschaftlichen Aufbau unterstützen. Frankreichs Anspruch auf das Saargebiet werde anerkannt. Aber die offizielle Regelung der Oder-Neiße-Grenze müsse einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben. Tags darauf erklärte SU-Außenminister Molotow die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsch-polnische Grenze. Die Vereisung zwischen Moskau und Washington beschleunigte die Annäherung zwischen den Westalliierten und Westdeutschland. Die förmliche Auflösung des Staates Preußen (gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947) als „Träger des Militarismus und der Reaktion seit jeher“ inspirierte offenbar viele Deutsche, ihre Angstschuld wegdelegieren zu können.

Viele Vorzeichen bestimmten 1948 zum Jahr der Entscheidung. Am 17. März schlossen England, Frankreich und die Benelux-Staaten mit den USA als „Moderator“ und „Supervisor“ das erste Nachkriegsbündnis, das sich nicht mehr gegen Deutschland, sondern erstmals gegen die Sowjetunion richtete. Beratungen in London über westdeutsche Kooperationen nahm Moskau zum Anlass, am 20. März den Alliierten Kontrollrat zu verlassen. Dadurch ließen die Westmächte den Vortrieb ihrer Interessen nicht hemmen. In der II. Session der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz erging der Beschluss, auf der Basis einer freien und demokratischen Regierungsform solle Westdeutschland allmählich volle Regierungsverantwortung übernehmen und selber seine Einheit wiederherstellen. Ohne Wirkung blieb der Einspruch der Warschauer Acht-Mächte-Konferenz gegen „antidemokratischen Geist“ und die „Spaltung Deutschlands“. Der Protest verschärfte sich, als mit der Währungsreform (20. Juni 1948) eine Neuordnung des Geldwesens erfolgte, welche die weitgehende Ablösung der Zwangsbewirtschaftung einleitete. Das Vertrauen in die neue Deutsche Mark baute Güter-

hortung ab und Konsumkraft auf. Eine neue Konjunktur, die sich trotz mancherlei Rückschläge zum „Wirtschaftswunder“ steigerte, gehörte zum Epochenwechsel Richtung Westen. Der am 29. Mai 1947 geschaffene bizonale Wirtschaftsrat in Frankfurt am Main, der am 9. Februar 1948 seine Abgeordneten aus den Ländern verdoppelte (von 52 auf 104), gewann wachsenden Einfluss auf die Besatzungsorgane.

Wachsendes Selbstvertrauen

Auch der am 2. März 1948 vom Wirtschaftsrat gebildete Verwaltungsrat mit dem parteilosen Ludwig Erhard als Ressortchef „Wirtschaft“ trat immer selbstbewusster für deutsche Interessen ein. Mit den Länderparlamenten, den Wirtschaftsausschüssen sowie dem Deutschen Büro für Friedensfragen (15. April 1947) verstärkte sich das Rekrutierungsarsenal für den Personalaufbau eines Weststaates mit dem Dauerkonflikt der Deutschland-Frage. Sie legte eine tiefe Konsenskrise auch unter den Westdeutschen offen, als die Militärgouverneure Clay, Robertson und Koenig am 1. Juli 1948 die sogenannten Frankfurter Dokumente den elf Ministerpräsidenten übermittelten. Sie enthielten die Aufforderung zur Gründung einer verfassunggebenden Versammlung, zur Ordnung der Ländergrenzen und der Erarbeitung von Leitsätzen für die Beziehungen deutscher Behörden zu den Besatzungsmächten. Auf den Konferenzen in Koblenz und Rudesheim konturierte sich die Sorge, dass eine Nationalversammlung als Präjudiz für die Abkehr von der Reichseinheit ausgelegt werden könne. Unter dem Aspekt der Nützlichkeitsabwägungen und aus Furcht vor Pressionen der Alliierten unterblieb Widerstand. Aber statt „Verfassung“ sollte ein „Grundgesetz“ im Sinne eines „Organisationsstatuts“ (Carlo Schmid) die gesetzgeberischen Grundlagen bilden und dabei den Provisoriums-

charakter betonen, wie er im Schlussartikel 146 des Grundgesetzes dann auch fixiert wurde. Für den „Kernstaat“, der etappenweise die Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1937 mittels allmählicher Magnetisierung des Ostens durch westliche Überlegenheit herstellen sollte, erarbeitete auf Schloss Herrenchiemsee ein vorbereitender Verfassungskonvent einen Entwurf, der nach Bearbeitung im Parlamentarischen Rat in Bonn am 8. Mai 1949 als Grundgesetz für die „Bundesrepublik Deutschland“ angenommen wurde. Dieser Name war vom FDP-Abgeordneten Theodor Heuss vorgeschlagen worden. Bonn wurde zur vorläufigen Bundeshauptstadt gewählt. Mit 33 von 62 gültigen Stimmen in geheimer Wahl. Am 15. September wurde Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Die Zweiteilung Deutschlands, die Westbindung und der Sonderstatus von Berlin bestimmten die folgenden Jahre. Sie blieben geprägt von einer stürmischen, von scharfen Kontroversen fortan belasteten Entwicklung.

Im Rückblick scheint sie gerade gesäumt wie ein Kanal. In Wirklichkeit mäandrierte sie durch einen Dschungel von realen und vermeintlichen Optionen. Nationale Einheit, Wiedergutmachung gegenüber Israel, Kalter Krieg, atlantische Sicherheits- und Wertegemeinschaft, Einigung Europas, Aufbau einer Bündnisarmee, Lockungen und Bedrohungen aus dem Osten, Austarierung amerikanisch-französischer Divergenzen, Widerstand gegen den wechselnden Druck sowjetischer Faustpfandpolitik in Berlin und die Atombewaffnung bestimmten Adenauers Agenda. Ihren außenpolitischen Leitgedanken formulierte der Inaugurator der vom Grundgesetz gedeckten „Kanzlerdemokratie“: „Immer ist die Außenpolitik eines Landes in erster Linie von seinen eigenen wirklichen oder vermeintlichen Interessen geleitet. Es lag im Interesse der Vereinigten Staaten, dass Deutschland wieder stark

würde. Daher konnten die zahlreichen Diskriminierungen, wie zum Beispiel das Ruhrstatut, das Besatzungsstatut und die Bestimmungen über unsere Bewaffnung sie mit sich brachten, nur vorübergehender Natur sein.“ Eine Art kooperativer Reißverschlussstrategie folgte daraus. Mit den einzelnen Akten im Prozess der strukturellen Einbindung der Bundesrepublik in den Westen erwarb der Kanzler Zug um Zug mehr Souveränität für sein Land. Sicherheit vor Deutschland verschränkte sich in ihrer Ausgestaltung zur Sicherheit *für* Deutschland und West-Berlin. „Vertrauen“ nannte Adenauer als Grundlage dieser Partnerschaft.

Und gerade dies wurde von der Opposition heftig kritisiert bis hin zu Schumachers Injurie vom „Kanzler der Alliierten“ in der 18. Sitzung des Bundestags am 24./25. November 1949 („Petersberger Abkommen“). Der Schweizer Generalkonsul von Weiss berichtete über die turbulente Auseinandersetzung nach Bern: „Trotz ihrer größten Angriffe konnte die Opposition die Stellung Adenauers nicht erschüttern.“ Dies blieb zumindest bis 1958 so. Der außenpolitische Erfolg gründete in zunehmender innenpolitischer Akzeptanz des paternal-autoritativen Führungsstils Adenauers, beurkundet in den Wahlerfolgen 1953 und 1957. Sein Pragmatismus bediente die Wünsche der Mehrheit, die sich von der braunen Diktatur enttäuscht und von der roten bedroht fühlten. Und da zumeist das Materielle die Grundlage von allem ist, brachte die Soziale Marktwirtschaft die Lebensverhältnisse in betäubenden Schwung. Insgesamt gesehen, gab es in Westeuropa nach dem Krieg einen ähnlichen Wirtschaftsboom. Doch den Deutschen erschien er vor allem als „Wunder“ Sozialer Marktwirtschaft. Im Grunde war sie Resultat der neuen Wechselverantwortung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, eines Verbundes von Konkurrenz und Solidarität. Der Wettbewerb inklü-

nierte Gewinnbeteiligung, stärkere Vermögensstreuung (Volksaktien „VW“, „Preußag“), Betriebsverfassungsgesetz, sozialen Wohnungsbau et cetera.

Kein neutrales Deutschland

Ein Adenauer angelasteter Dauerschaden reaktiviert sich im jüngst wieder aufgefrischten Vorwurf der verpassten Chance zur Einheit Deutschlands, die die Stalin-Note vom 10. März 1952 geboten habe. Ihr Kerngehalt bestand im Angebot eines vereinten Deutschlands bis zur Oder-Neiße-Grenze. Nach Abzug jeglicher Besatzungstruppen sollte Deutschland einen Neutralitätsstatus mit Zulassung friedliebender Parteien und militärischer Mittel zur Verteidigung erhalten. Die Note war an die drei Siegermächte gerichtet. Sie reagierten mit einem schließlich versandenden Notenwechsel, der den Sowjets den Schwarzen Peter in die Karten dafür spielen sollte, dass Paris, Washington und London kein neutrales Deutschland wollten (vergleiche dazu zum Beispiel die Dokumente bei Nikolaus Meyer-Landrut, *Frankreich und die deutsche Einheit*, München 1988). Adenauer, obwohl nicht Adressat der Note und Kanzler einer Republik ohne Souveränität, wurde dennoch persönlich angegriffen, weil er die Auslotung der Offerte verweigert habe.

Mit der Frage, ob Stalin es „ernst gemeint“ habe, verbanden sich Jahrzehnte währende politische und politologische Spekulationen. Sie beweisen eine naiv verstopfte Staatsräson. Denn ein neutrales Deutschland hätte wie die Wollmaus vor Stalins Staubsauger gelegen. Frankreich und England waren, kräftemäßig in die Ablösung ihrer Kolonialepoche verstrickt, zu schwach zur Hilfe. Die USA lagen gut 6000 Kilometer entfernt, während Stalins Truppen 65 Kilometer von Berlin postiert waren. Wie schnell wäre der Vorwand einer Neutralitätsverletzung über die Frage der hinreichenden Verteidi-

gungsmittel („Verdacht“ von Geheimplänen für Nuklearwaffen zum Beispiel) Vorwand gewesen für eine Intervention Moskaus? Ob Finte Stalins oder nicht, eine deutsche Neutralität hätte das Land im Guten wie im Bösen der Militärhegemonie Stalins unterstellt. „Der Weg“, war Adenauer überzeugt, „für eine schrittweise erfolgende kommunistische Unterminierung der einzelnen europäischen Staaten läge frei. Das Ergebnis wäre die völlige Abhängigkeit Europas von der Sowjetunion.“

Stalins Störfeuer gegen General- und EVG-Vertrag (26./27. Mai) sowie gegen die NATO-Beschlüsse von Lissabon sollten offenbar nicht zuletzt der DDR Luft verschaffen. Am 24. Juli wies Moskau Ost-Berlin darauf hin, dass es taktisch verfrüht sei, den Übergang der DDR zum Aufbau des Sozialismus zu verlautbaren. Doch solle man zugleich „unerschütterlich“ die volksdemokratischen Grundlagen ihres Staatsaufbaus weiter festigen. Obgleich die brutale Sowjetisierung des Ostblocks, der „17. Juni“, der Aufstand in Ungarn, die Verteufelung der Regierung Adenauer als Hort des Neoimperialismus und Faschismus Solidarität hätten erwarten lassen, durchwucherte die Stalin-Note wie Krebs das Parteiengedächtnis. Am 23. Januar 1958 griffen Thomas Dehler (FDP, 1952 Justizminister im Kabinett Adenauer) und Gustav Heinemann (SPD, zunächst CDU, Ende 1950 aus Protest gegen Adenauers Vorgehen in der Wehr-Frage als Minister ausgeschieden) den Kanzler im Bundestag mit großer Schärfe an. „Der Letzte in unserem Volk weiß“, so Dehler, „dass man hier zwar von deutscher Einheit und Wiedervereinigung spricht, aber sie nicht ernstlich erstrebt.“ Heinemann kritisierte Adenauers Einstellung zur Stalin-Note heftig: „Ich erachte es für die historische Schuld der CDU, dass sie bis zum Jahr 1954 in dieser leichtsinnigen Weise die damaligen Möglichkeiten ausgeschlagen

hat, denen wir heute nachtrauern müssen.“

Zwischen Ost und West

Dieser Kalte Krieg trat ab etwa 1958 in eine neue Phase. Bei aller Bekräftigung des West-Bündnisses wollte besonders Washington seine Weltpolitik nicht weiter durch das Nadelöhr „Berlin“ gezogen sehen. Das Chruschtschow-Ultimatum für einen Abzug der westlichen Truppen und für die Erhebung Berlins zur „selbstständigen politischen Einheit“ belegte das Prekäre der Sicherheitslage seit der Berlin-Blockade 1948/49. Früh witterte Adenauer Washingtons Absetzbewegung. „Ich muss sagen, Amerika gefällt mir zurzeit gar nicht“, hörte Theodor Heuss im Juli 1958 von ihm, wie Hans-Peter Schwarz in seiner Adenauer-Biografie berichtet. Am Ende empfahlen selbst in Washington einflussreiche Senatoren der DDR die Errichtung eines Sperrwalls, um Berlin nicht doch noch zum Ausgang einer Katastrophe werden zu lassen. Den Druck der USA suchte Adenauer durch eine stärkere Hinwendung nach Paris auszugleichen. Doch steigerte dies indirekt die Rivalität zwischen de Gaulle und Washington um die Führung Westeuropas. Zugleich praktizierte Adenauer keine Betonpolitik im Geiste der Hallstein-Doktrin, wie man ihm vorwarf. Adenauer selbst suchte nach Erweiterung seines eigenen operativen Spielraums, indem er geheim die „Österreich-Lösung“ für die DDR bei Botschafter Smirnow antestete. Vor dem Hintergrund der Berlin-Frage, des Mauerbaus und der Kuba-Krise ventilierte Adenauer die Chance für einen zehnjährigen „Burgfrieden“ zwischen beiden deutschen Staaten. Adenauer wollte nicht von der Bank der neuen Weltpolitik verwiesen werden. Auch er hatte seinen Anteil an der gleitenden Zäsur hin zur neuen Ostpolitik. Eingebunden in seine Furcht vor dem Vertrauensverlust bei den westlichen Partnern, er-

wiesen sich seine Vorstöße als Rückzugsgefechte. Sie überschritten Adenauers Zeitmaß. Eine Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat lehnte er ab. Er wusste, dass ein Diktaturregime nicht die Spielregeln des Nachgebenden übernimmt.

Gegenpol des Geistes?

Während des Dritten Reichs „kam es zu einer weitgehenden Selbstaufgabe der intellektuellen Eliten gegenüber dem Regime“ (Wolfgang J. Mommsen). Die Pein des Versagens verschärfte wohl nicht zuletzt den Kulturkampf in der Bundesrepublik gegen die Allianz von Volk und Kanzler, dem Vorsteher „eines panischen Idylls“ (Hermann Glaser) und Vollstrecker der „Restauration“. Außen- und innenpolitisch hatte Adenauer die größten Neuerungen und Reformen erreicht, aus Trümmern einen sicheren Port denen gebaut, die aufbrachen zu Weltreisen politischer Träumereien, dabei die bis dahin schützende Zitadelle unter Feuer nehmend. Der Angriff auf das Schuld-Kollektiv differenzierte nicht zwischen der Unfähigkeit und dem Unwillen zur Trauer. Geschichte wurde manipulierbar, weil „der Deutsche seine Geschichte weder kennt noch liebt“ (Friedrich Sieburg 1954). Das Einleben in neue Wandlungsprozesse offenbarte ein Vakuum, das schließlich von der Linken dogmatisch und spielerisch zugleich besetzt werden konnte. Freiheit als Recht des Volkes, der Regierung zu sagen, was diese nicht hören will, mutierte zum rabiaten Unernst. Die Frage, ob die nach den tiefen Umbrüchen in der Lebensfrist fast nur einer einzigen Generation verfehlte „Aufarbeitung“ möglicherweise in Erschöpfung und Lebenstrotz gründete, wurde nicht zugelassen. Vielmehr wuchsen Forderungen nach kollektiven Bekenntnissen deutscher Dürftigkeit. Selbstgefällig erfolgte die Selbstberufung zum Richteramt. Gerechtigkeitsvisionen wurzelten

im Bodenlosen. Dass George Orwells Buch „1984“, geschrieben 1948, nur im Untergrund der Länder des real existierenden Sozialismus zirkulieren durfte, wurde abgetan. Adenauer, der mit der Durchsetzung des Verbots der rechtsextremen SRP und der linksextremen KPD der streitbaren Demokratie kommunikativen Pluralismus aus antitotalitärem Konsens gesichert hatte, stilisierte man zum Gegenpol des „Geistes“. Der Verfehlung Adenauers hielt Werner Ross entgegen, dass dessen Regierungszeit eine Zeit der großen Freiheit, einer Blüte der Literatur gewesen sei: „Nichts von all dem, was da hundertfältig aufblühte, wuchs in Adenauers Rosengarten. Aber nichts davon wurde von dem angeblichen Restaurationsregime in seiner Entfaltung behindert.“

1961 bewertete Golo Mann in seiner großen Rede über „Deutsche Politik zwischen Gestern und Morgen“ Adenauers Staatsführung als „wenig theoretisch, aber ungeheuer praktisch, enorm geschickt, nach außen so sehr erfolgreich, in ihrer einfachen Stetigkeit bewundernswürdig“. Doch habe man der Wirklichkeit zu sehr „die Zügel schießen lassen“. Ihre ideelle Fundierung, etwa durch Wilhelm Röpkes Leitbild von der *civitas christiana*, sei nur Zutat gewesen. Übersehen wurde mehr oder minder mutwillig, dass Adenauer die Menschen nahm, wie sie sind. Damit wurde er zum Gegner von allen stigmatisiert, die sich nur vor dem Tribunal ihres eigenen Idealismus verantworten wollten. Doch Adenauers Saaten widerstanden dem Sichelschnitt. „Sie haben mit dem übergreifenden Gedanken der Menschenrechte zugleich die freiheitliche Demokratie und die Europaidee als unzerstörbare geistige Orientierungspunkte der Nachkriegszeit in einem kaum erwarteten Maße bestätigt“ (Karl Dietrich Bracher). Der Rückblick auf sechzig Jahre fordert Rechenschaft von der Gegenwart gegenüber dem Erbe.